

Ich beginne mit einigen biographischen Notizen. Geboren bin ich vor 90 Jahren in der Domstadt Naumburg(Saale) als Sohn eines frommen Fabrikanten. Im Schatten des Domes habe ich 8 Jahre das Naumburger Domgymnasium besucht und dort auch 1946 das Abitur abgelegt. Dann konnte ich von 1947-1953 6 Jahre im Westen Deutschlands Theologie und Kirchenmusik studieren – bei berühmten theologischen und musikalischen Lehrern. Ich bin ein später Schüler von Karl Barths, an den wir z.Z. mit vielen Vorträgen in Göttingen denken. 1953 bin ich aus der Bundesrepublik in die DDR zurückgekehrt, um im Osten Evang. Pfarrer zu werden. In Halle (Saale) habe ich meine Frau kennen gelernt. Uns wurden 3 Kinder geschenkt, die alle drei die sozialistische Schule besuchen mussten und sich dort mit Civilcourage als Christen bewährt haben. Ich war 14 Jahre Gemeindepfarrer in Halle, wo ich auch zum Dr.Theol promoviert wurde, und neben dem Pfarramt einen Lehrauftrag wahrnahm. 10 Jahre war ich Oberkirchenrat in Magdeburg und noch einmal 14 Jahr Dompfarrer in Stendal und Propst des Sprengels Amtmark.

Warum bin ich 1953 aus Frankfurt(Main), wo ich eine Kantorenstelle innehatte, in den Osten zurückgekehrt? Es gab zwei Gründe:

- 1) Die Magdeburger Kirchenleitung rief mich und weitere meiner Kommilitonen:  
Kommen Sie jetzt zurück in die Kirchenprovinz Sachsen. Wir brauchen dringend Pfarrer
- 2) Ich war den Regionen Thüringen und Sachsen-Anhalt von Kind an mental verbunden. Ich dachte: es geht nicht an, dass die Stammlande der Reformation und der deutschen Klassik völlig entvölkert werden und dann allein einer marxistischen Deutung überlassen bleiben. Es muss Menschen geben, die gegensteuern,

Freilich habe ich bald gemerkt, dass die Möglichkeiten, gegenzusteuern – angesichts des Führungsanspruches der SED in allen politischen und kulturellen Gremien – sehr begrenzt waren.

In den Fünfziger Jahren hofften wir noch immer, dass sich die Großmächte einigen, und dass ein neutralisiertes vereinigtes Deutschland möglich ist.

Spätestens seit dem 13.August 1961 wurde uns klar, dass wir mit einer dauerhaften geschlossenen Innerdeutschen Grenze rechnen müssen, und dass wir auf Dauer als Kirche unter einer marxistisch-atheistischen Regierung leben werden. Wir jungen Pfarrer haben diese Situation theologisch hinterfragt. Was will uns Gott damit sagen, dass über Wittenberg, Eisleben, Weimar, Erfurt und Eisenach rote Fahnen wehen? Sollten wir ernsthafter nachdenken über die ökonomischen Erkenntnisse des Marxismus? Sollten wir mehr Verständnis entwickeln für die Menschen in Sowjet-Rußland, die die Hauptlast des von Deutschland entfesselten zweiten Weltkriegs getragen hatten? Manche von uns haben überlegt, ob Sozialismus eine gerechtere Form des Zusammenlebens der Menschen sein könnte. Dabei haben wir immer unterschieden, zwischen dem Sozialismus, den August Bebel erträumte, und dem deformierten Sozialismus, den wir in der DDR vorfanden. Wir waren bis 1989 von der Hoffnung erfüllt, dass der Sozialismus in der DDR reformierbar sei. Auf der Kirchen-Synode 1972 in Dresden hatte mein Kollege Propst Dr.Falcke aus Erfurt den Satz gewagt: „Unter der Verheißung Christi werden wir unsere Gesellschaft nicht loslassen mit der engagierten Hoffnung eines verbesserlichen Sozialismus“.. Genau dieser Versuch, den Sozialismus grundsätzlich und reformierbar zu denken, stieß auf den erklärten Widerstand des Staates, der es sich verbat, --

---

1) Heino Falcke: Mit Gott Schritt halten, Reden und Aufsätze, Wichern Berlin 1986, dort S.12-32: Christus befreit, darum Kirche für Andere, das Zitat S.24

Dass „Religionsdiener“ über den Sozialismus diskutieren wollten

Auf der Höhe des kalten Krieges entstand in Westdeutschland eine mächtige Friedensbewegung. Auch in Ostdeutschland kam es zu einer Friedensbewegung. Freilich hatten es hier die Friedensgruppen wesentlich schwerer, sich zu versammeln und zu organisieren. Ihr Motto „Frieden schaffen ohne Waffen“ widersprach dem Leitspruch der offiziellen sozialistischen Außenpolitik: „Frieden schaffen gegen Natowaffen“. Unsere Gruppen wollten aber genau diese einseitige Sicht überwinden in der Hoffnung, dass beide Seiten ihre Mittelstreckenraketen abbauen. Wo sollten sie zusammenkommen? In Privaträumen, ja; aber wenn sie in größerer Runde zusammensein wollten, hätten sie öffentliche Räume gebraucht. Dazu hätten sie eine staatliche Genehmigung gebraucht, und die hätten sie nie bekommen. Es gab, was die Versammlungsverordnungen der DDR angeht, eine Ausnahme: die Kirchen und Religionsgemeinschaften. Ihnen war es gestattet, in ihren eigenen Räumen Gottesdienste und kultische Handlungen ohne besondere Genehmigungen abzuhalten. So fanden die Friedens- und Bürgergruppen in die Kirchen und Gemeinderäume. Das ging umso leichter dort, wo die Leiter der Gruppen engagierte Kirchenmitglieder waren. Und so entstanden die wöchentlichen Friedensgebete. Zuerst begannen sie 1981 in der Nicolaikirche in Leipzig.

Am Ende des Kirchenjahres hatten wir dann in den achtziger Jahren eine ganze Friedenswoche: die „Friedensdekade“. Sie hatte ein anschauliches Motto und Symbol: „Schwerter zu Pflugscharen“. Ein sowjetischer Künstler hatte eine Plastik geschaffen, die auf dem Platz der Vereinten Nationen in New York stand: Ein Schmied, der ein Schwert umschmiedet zu einer Pflugschar – ein Bild, angeregt durch die große biblische Verheißung in Jesaja 2 ( und in Micha 4 ): „Die Völker kommen zum Berg Zion, um sich Rat zu holen in Friedensfragen. „Dann werden sie ihre Schwerter zu Pflugscharen machen, und ihre Spieße zu Sicheln. und sie werden hinfort nicht ‚mehr lernen, Krieg zu führen“

Wie haben unsere Kirchengemeinden und wie haben die Kirchenleitungen die Friedensgruppen beurteilt? Da gab es zwei verschiedene Urteile. Die Einen sagten: Die Gruppen vertreten säkulare politische Ideen. Wir bieten ihnen Raum, weil sie sich sonst nicht artikulieren können. Die andern sagten: Die Gruppen sind die Vorhut des Evangeliums. Sie sind angeregt durch die Bergpredigt Jesu. Sie tun, was eigentlich der ganzen Gemeinde aufgetragen ist. Soviel ist klar: Wir Kirchenleute haben uns mit den Gruppen oft schwer getan. Denn die Gruppen wollten oft einen Schritt weitergehen, als wir: - die Kirchenoberen für verantwortlich hielten. Und wir mussten sie dann gegenüber den Staatsorganen verteidigen. Das brachte uns jeweils neue Konflikte mit den Staatsorganen. Aber die Gruppen haben uns – die Pfarrer und die Kirchenleitungen – genötigt, die Frage der Bürger- und Menschenrechte nicht aus dem Blick zu verlieren. Das brachte uns Glaubwürdigkeit im Volk. Am Ende der DDR-Geschichte gab es noch einmal ein erfreuliches Großereignis, das zur vollen Integration von Kirche und Gruppen führte: Die ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung: Sie fand in drei Sessionen statt? Im Februar 1988 in Dresden, im Oktober 1988 in Magdeburg und im April 1989 abschließend in Dresden. Hier haben Bischöfe, Synodale, Bürgerrechtler auf Augenhöhe miteinander beraten, abgestimmt und entschieden. Die Behinderungen und Gegenmaßnahmen der Staatsorgane insbesondere gegenüber dem Teil „Mehr Gerechtigkeit in der DDR“ kamen nicht mehr zum Zuge.

In den achtziger Jahren gab es ein Netzwerk der Friedensgruppen und Bürgerbewegungen der DDR, genannt „Konkret für den Frieden“. Einmal jährlich trafen sich Delegierte aus der ganzen Republik zu gegenseitigen Informationen und Absprachen. Wir haben „Konkret für den Frieden IV“ Ende Februar 1986 in Stendal ausgerichtet – unter starker und misstrauischer Begleitung des Staatssicherheitsdienstes. Der Oberreferent für Kirchenfragen beim Bezirk Magdeburg kam eigens zu mir nach Stendal, um mich zu warnen. Mit zweifelhaften Informationen wollte er mich nötigen, das Treffen abzusagen und die Anreisenden zurück zu schicken. Ich habe mich – Gott sei Dank – von ihm nicht einschüchtern lassen, sondern es zusammen mit den Stendaler Bürgerrechtlern und den Stendaler Pfarrern so sorgfältig und unauffällig wie möglich vorbereitet. Wir mussten 120 Privatquartiere bereitstellen. Die Mittagsverpflegung kam aus dem Evang. Johanniter-Krankenhaus. Die Kaltverpflegung bereiteten unsere kirchlichen Frauenkreise.

Unsere Bürgerbewegung in Stendal hatte noch eine besondere Zuspitzung. 15 Km nördlich von Stendal wurde ein riesiges Kernkraftwerk nach dem Typ der sowjetischen Atomkraftwerke gebaut. Die Bauvorgänge verliefen schlampig und fahrlässig. Bauteile im Freien begannen zu rosten, weil andere dazugehörige Bauteile nicht rechtzeitig geliefert wurden. Nach dem Unfall von Tschernobyl im Frühjahr 1986 profilierte sich die Stendaler Bürgerbewegung zu einer Bewegung „Energiewende“, die auf die Gefahren der Atomspaltung hinweisen und zur Bewahrung der Schöpfung aufrufen wollte. Die Bürgerrechtler fragten beim Domgemeindefkirchenrat an, ob sie ein Wochenende mit dem Thema „Beten-Wachen-Fasten“ im Dom und den Räumen des Domstiftes abhalten könnten. Die Aussprache im Domgemeindefkirchenrat verlief kontrovers. Schließlich einigten wir uns: Der GKR wird das Seminar „Beten-Wachen-Fasten selber verantworten in Zusammenarbeit mit den Bürgergruppen. So behielten wir ein Mitspracherecht bei der Programmgestaltung und konnten extreme Entscheidungen mildern. Zwei solcher Seminare haben wir im April 88 und im April 89 durchgeführt, wieder unter starker Bspitzelung durch die Stasi – aber ohne dass es zu Verhaftungen und gerichtlichen Verfahren kam.

Seit 1986 hatten wir gehofft, dass die Perestroika und die Entspannungspolitik des sowjetischen Generalsekretärs Gorbatschow auch in den DDR zum Zuge kommen könnte. Aber die alten Herren im Politbüro der SED erwiesen sich als unbeweglich. Die erhoffte Reformbewegung fiel zu unserer Enttäuschung aus. So wurde der Vertrauensschwund zwischen Volk und Regierung immer größer. Die gefälschten Volkskammerwahlen vom 7. Mai 1989 steigerten die Unzufriedenheit der Bevölkerung. Das Massaker am 4. Juni 1989 auf dem Platz des himmlischen Friedens in Peking wurde von den DDR-Politikern positiv bewertet. Eine stärkere Gangart des Staates gegen die Kirche deutete sich an. So kam es im Herbst 1989 zu einer verstärkten Ausreisewelle, einmal über en Botschaften der Bundesrepublik in Osteuropa, zum andern über die geöffnete Ungarisch-oesterreichische Grenze. Das Alles war Anlass zu intensiven Gedenkgottesdiensten und vermehrten Friedensgebeten in alle größeren Städten der DDR. Die längste Tradition hatte das Friedensgebet in der Nicolaikirche in Leipzig – seit 1981.

So fand auch die Bürgerbewegung in der DDR im September 1989 zu festen Strukturen: am 9./10. Sept. 89 die Gründung des „Neuen Forums“ in Grünheide, am 12. Sept. „Demokratie jetzt“, am 14. Sept. der „Demokratische Aufbruch“, schließlich am 7. Oktober die Neugründung der „Sozialdemokratischen Partei“ SDP.

Für uns in der Altmark war das „Neue Forum“ der Ansprechpartner. Eine Reihe der Gründungsmitglieder waren engagierte Christen, so auch die Stendaler Nervenärztin Erika Drees. Sie gehörte dem Domgemeindegemeinderat an. Sie brachte uns den Gründungsauftrag mit, als wir am 11. September in unserem Hauskreis versammelt waren. Der Auftrag beginnt mit dem Satz: „In unserem Land ist die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft offensichtlich gestört“. Er endet: „Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger der DDR, die an einer Umgestaltung unserer Gesellschaft mitwirken wollen, auf, Mitglieder des neuen Forums zu werden. Die Zeit ist reif.“ Die Staatsorgane reagierten gereizt. Mitglieder des Neuen Forums wurden verhaftet ( -,„zugeführt“- ). Wir führten kontroverse Gespräche mit Bürgermeister und Polizeichef. Es dauerte Wochen, bis die SED – geschwächt – nachgab und mit den neuen Bürgerbewegungen das Gespräch suchte.

Am Donnerstag, den 12. Oktober haben wir Stendaler das erste Mal gewagt, mit Kerzen auf die Straße zu gehen. Wir waren eine kleine Schar von ca. 30 Leuten. Unser Weg führte von der katholischen Kirche St. Annen auf Nebenstraßen zur evangelischen Petrikerkirche. Der katholische und der evangelische Propst – wir Beiden – gingen voran.

In der Petrikerkirche war seit September wöchentlich donnerstags 20 Uhr Friedensgebet. Die Teilnehmerzahl war von Woche zu Woche gestiegen. Wir mit unserer kleinen Kerzen-Demonstration waren noch unsicher und ängstlich. Erlaubt waren ja gottesdienstliche Handlungen nur in überdachten kirchlichen Räumen. Jede Aktion auf der Straße hätte einer Genehmigung bedurft, die nicht erteilt worden wäre. Ehe wir loszogen, sangen wir den Kanon „Dona nobis pacem“. Dann setzte sich der Zug in Bewegung. Jeder hatte in einer Hand die brennende Kerze, mit der anderen Hand schützte er sie vor dem Wind. Es war gegen 19.45h bereits dunkel, als wir einen unbeleuchteten Parkplatz überquerten. Wir hatten den Eindruck, dass zur Linken und zur Rechten Kampfgruppen in Reih und Glied standen, eine Art Hilfspolizei, die die SED aus den volkseigenen Betrieben zusammengezogen hatte. Ich dachte an die Vorgänge in Halle und Leipzig wenige Tage zuvor. In Leipzig war der große Sternmarsch der Demonstranten am 9. Oktober unblutig ausgefallen. Doch in Halle waren die Demonstranten auf dem Marktplatz blutig zusammengeschlagen worden. Als wir das Portal der Petrikerkirche erreichten, war die Kirche mit ca. 500 Teilnehmern bereits voll. Beim Eintritt spürten wir, dass ein Aufatmen durch die Reihen ging. Der Gemeindepfarrer begrüßte uns mit den Worten: „Wir freuen uns, dass unsere Schwestern und Brüder auf ihrem Pilgerweg unbeschadet angekommen sind“. Wenige Tage später, am 16. Oktober, besuchte mich der Leiter des Volkspolizei-Kreisamtes. Er begrüßte mich mit den kühlen Worten: „ Sie hatten am Donnerstag Abend „Premiere“. Dieser kleine Pilgerweg mit 30 Personen auf Nebenstraßen war von den „über-aufmerksamen“ Polizeiorganen als ungenehmigte Demonstration registriert worden. Wir Kirchenleute hatten in Stendal für den Weg auf die Straße den Startschuss gegeben.

Von Donnerstag zu Donnerstag wurde die Zahl der Teilnehmer am Friedensgebet größer. Wir mussten in den geräumigeren Dom umziehen. Von Woche zu Woche wuchs auch der anschließende Demonstrationzug. Bürgerrechtler des Neuen Forums gingen jetzt an der Spitze mit selbstgefertigten Plakaten. Auf ihnen waren Symbole und Losungen der gewaltfreien Bewegung dargestellt: „Schwerter zu Pflugscharen“, „Keine Gewalt“, „Für einen sozialen Friedensdienst“, „Für freie Bürger in einem offenen Land“ usw. Ich war zusammen mit meinem katholischen Kollegen unter den Demonstranten. Beim Abschreiten der bekannten Straßenzüge wurde mit bewusst: Diese Stadt Stendal ist meine Stadt, für die ich Mitverantwortung trage. Vorher fühlte ich mich oft als ein tolerierter Christ in einer fremden marxistischen Welt.

Unsere Friedensgebete hatten eine schlichte Form. Nach einleitendem meditativen Orgelspiel begrüßte ein Vertreter des Gemeindegemeinderates die Versammelten. Wir sangen eines unserer neuen Lieder, oft: „Gib uns Weisheit, gib uns Mut, für die Wahrheit einzustehen...“. Einer von uns Pfarrern las einen Bibeltext, meist aus den Propheten oder aus der Bergpredigt Jesu, und legte ihn kurz und aktuell aus. Es folgten kurze freie Beiträge aus der Menge am offenen Mikrophon: Informationen, Zeugnisse der Betroffenheit oder Anregungen zum Handeln. Der abschließende Gebetsteil begann mit einem Gebet des Pfarrers. Danach konnten Teilnehmer Fürbittenanliegen ins Mikrophon sprechen und dazu am Boden eine Kerze entzünden. Am Ende des Gebetsteils stand das gemeinsam gesprochene Vater-unser, soweit es die Teilnehmer auswendig kannten, und ein Segensvotum des Pfarrers mit dem nochmaligen Hinweis: „Bitte keine Gewalt!“ Ein Vertreter des Neuen Forums forderte dann zum Demonstrationszug auf und gab die Route an.

Das freigegebene Mikrophon war ein Wagnis. Deshalb sahen wir, die verantwortlichen Veranstalter dem wöchentlichen Friedensgebet nicht nur mit Hoffnung, sondern auch mit Sorge entgegen. Doch viele Bürger lernten dabei neu, in der Öffentlichkeit ihre eigene Sprache zu finden. Wir erlebten mit Staunen die seelsorgerliche Wirkung der gotischen Architektur. An einem Donnerstag im November erreichte das Friedensgebet mit ca. 4000 Teilnehmern seinen Höhepunkt. Die Mehrzahl unter ihnen waren keine Kirchenmitglieder, doch sie fügten sich ohne Widerspruch in die kirchliche Ordnung ein.

Am 24. Oktober 1989 besuchte mich der Vorsitzende des Rates des Kreises, ein pragmatischer SED-Politiker, in meinem Büro und trug folgendes Anliegen vor: Er wolle zu einem Gespräch mit den Bürgerbewegungen ins Rathaus einladen. Man könne doch in Ruhe über Reformen in unserm Land reden. Ob ich mich dafür einsetzen könnte, dass die aufwendigen Straßendemonstrationen eingestellt würden. Ich antwortete ihm: ich würde gerne an einem solchen Gespräch teilnehmen. Allerdings müsse er die Einladung an das Neue Forum selber aussprechen. Ich nannte ihm den Namen eines Gründungsmitgliedes des Neuen Forums, eines Bürgers, der in Stendal großes Vertrauen genoss. So kam es in Stendal erstmals zur Anerkennung der neuen Bürgerbewegung durch einen leitenden Vertreter der SED. Und dann fand tatsächlich am 31. Oktober 1989 im Rathaus in Stendal ein erstes Gespräch der alten politischen Kräfte mit den neuen Bewegungen und Parteigründungen statt. Auf der einen Seite saßen die Vertreter der SED und der ihr angeschlossenen Organisationen, nämlich die Jugendorganisation FDJ, der kommunistische Gewerkschaftsbund FDGB, die Blockparteien CDU, LDP, Bauernpartei, NDP. Auf der anderen Seite saßen das Neue Forum, die Mitglieder der neugegründeten SDP, der grünen Partei und der Kirchen. Vertreter des Neuen Forums forderten: Versammlungsfreiheit, Pressefreiheiten, ein unabhängiges Verwaltungsgericht. Sie forderten auch den Verzicht der SED auf den Führungsanspruch. Die SED-Vertreter waren deutlich in der Defensive, verwiesen aber auf ihre großen Leistungen und auf die bestehenden Machtverhältnisse. Sie waren noch nicht bereit, ihre Macht zu teilen. Also mussten die Demonstrationen fortgesetzt werden. Am Ende des kontroversen Gespräches sagte der Vertreter des Neuen Forums: Herr Bürgermeister, Herr Landrat! Wir wollen ihnen ankündigen, dass wir am kommenden Donnerstag nach dem Friedensgebet vom Dom zum Marktplatz ziehen. Dort wollen wir mit Ihnen öffentlich über die notwendigen Reformen unserer Gesellschaft diskutieren. Das Rathaus hat einen Balkon. Sie können von dort aus öffentlich mit uns sprechen. Und so kam es dann auch.

Was sich im Herbst 1989 auf den Straßen und Plätzen vieler Städte in der DDR zugetragen hat, war eine wirkliche Revolution. Denn es führte zu einer völligen Veränderung der Machtverhältnisse. Allerdings waren die Sieger der Revolution andere als die mutigen Bürger, die sie angedacht und angestoßen hatten. Doch stand am Ende das wiedervereinigte Deutschland – eine Chance für alle demokratischen Kräfte, Organisationen und Parteien. Ja, was sich 1989 im östlichen Deutschland ereignete, war eine Revolution, aber eine Revolution eigener Ordnung, ohne Steine und Wasserwerfer, ohne Verwundete und Tote, ohne brennende Autos und zerstörte Fensterscheiben, eine friedliche Revolution ohne Gewalt. Dass diese Revolution einen so friedlichen und gewaltfreien Ausgang nahm, verdanken wir der Bergpredigt Jesu. Martin Luther King in den Vereinigten Staaten hatte die Botschaft Jesu in ihrer Bedeutung für das politische Handeln wieder-entdeckt. Daran konnten wir anknüpfen. So begann die Revolution von 1989 in den Kirchen. Ohne die Kirchen mit der Botschaft „keine Gewalt“ hätte sie so nie stattgefunden.

Literatur:

Erhart Neubert: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, Links-Verlag Berlin 1997

Arnd Brummer(Hg.): Vom Gebet zur Demo. Die friedliche Revolution begann in den Kirchen  
Edition Chrismon Frankfurt(M) 2009

Ilko-Sascha Kowalczyk: Endspiel, die Revolution von 1989 in der DDR, Beck-Verlag  
München 2009

Jörg Hellmuth/Gerhard Miesterfeld: Herbst 1989, ein Wendelesebuch aus dem Landkreis  
Stendal, Landes-Zentrale für politische Bildung in Sa-Anhalt, 2000